

Geld gewaschen? Berliner Yachtwerft in Finanznöten

Verschlechterte Marktbedingungen, mangelhaftes Unternehmenskonzept und vor allem komplizierte Gesellschaftsverhältnisse sollen die Berliner Yachtwerft GmbH an den Rand des Konkurses gebracht haben. Das sagte gestern Treuhand(THA)-Sprecher Franz Wauschkuhn. „Privatisierungen scheitern, weil die THA in Gesellschafterversammlungen keine Mehrheiten hat.“

„Die Entwicklung zu dieser Si-

tuation“, so Wauschkuhn, „setzte bereits wenige Tage vor der Währungsunion ein.“ Unter heute nur schwer nachvollziehbaren Umständen sei damals das Kapital des Unternehmens von 2 auf 4 Mio. DDR-Mark verdoppelt worden. Gezeichnet wurde das Kapital von etwa 200 Mitarbeitern. „Später stellte sich heraus, daß 42 Prozent der Erhöhung an den damaligen West-Berater der Werft und heutigen Geschäftsführer gegangen

sind“, berichtet Wauschkuhn. Folge: keine Mehrheiten mehr bei Gesellschafterversammlungen.

Undurchsichtig ist auch, woher das Geld für die Kapitalerhöhung damals kam. Es halten sich immer noch Gerüchte, daß Gelder der früheren Stasi reingewaschen werden sollten. Sicher ist, daß die Geschäftsanteile zu einem Betrag in DDR-Mark erworben wurden, der nach THA-Angaben „keinesfalls dem tatsächlichen Wert der

Firma entsprach“. Grund: Das Unternehmen soll über nicht betriebsnotwendige, aber sehr lukrative Ufer-Grundstücke verfügen.

Für Geschäftsführer Gerd Dittmann, der seine Anteile jetzt abgeben will, trägt die THA die Schuld an einem möglichen Konkurs. „Einen Kauf im April 1991 durch mich und die Mitarbeiter hat die THA blockiert. Die Privatisierung hätte längst erfolgen können.“

Michael Remke